

„Keine Eingliederung“

SCHOPP: Land sieht im Gesetzentwurf keinen Wechsel in Nachbar-VG vor

Nach dem eindeutigen Bürgerentscheid in Schopp am Sonntag will das Innenministerium keine Eingliederung der Ortsgemeinde in die Verbandsgemeinde Waldfischbach-Burgalben vorsehen. Der Ortsbürgermeister weist derweil die Rücktrittsforderung von sich.

Am vergangenen Sonntag hatten 76,1 Prozent der Schopper Wahlberechtigten dagegen gestimmt, dass die Gemeinde einen Wechsel in die Nachbar-VG und damit den Landkreis Südwestpfalz beantragen soll. Die Wahlbeteiligung lag bei über 75 Prozent; damit war der Bürgerentscheid nicht nur formell gültig, sondern steht auch auf einem recht breiten Fundament. Ortsbürgermeister Bernd Mayer (FWG) hatte den Vorstoß im vergangenen Sommer gemacht und einen Mehrheitsbeschluss des Rates eingeholt, der ihn zu Gesprächen mit der VG Waldfischbach-Burgalben beauftragt hat.

Die Landesregierung hatte sich in der Frage eines Wechsels über die Kreisgrenze bisher sehr bedeckt gehalten. Nun jedoch macht sie auf RHEINPFALZ-Nachfrage klar, dass sie dem Bürgerentscheid entsprechen wird. „Dem Ergebnis des Bürgerentscheids wird gegenüber dem entgegenstehenden Beschluss des Ortsgemeinderates Schopp der Vorrang gegeben“, teilt Joachim Winkler, Sprecher des Innenministeriums, auf RHEINPFALZ-Anfrage mit. „Das Innenministerium wird daher in seinem Gesetzentwurf für die Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd keine Eingliederung der Ortsgemeinde Schopp in die Verbandsgemeinde Waldfischbach-Burgalben im Landkreis Südwestpfalz vorsehen.“

Unterdessen wurde aufgrund des hohen Anteils an Wechsel-Gegnern in der Schopper Bevölkerung am Montag eine Forderung nach dem Rücktritt des Ortsbürgermeisters laut. FDP-Kreistagsmitglied Goswin Förster hatte mitgeteilt, dass die „Bürger eindeutig für den Landkreis Kaiserslautern Stellung bezogen haben“ und „die Ratsmehrheit in Schopp – aus SPD und FWG – eine deutliche Abfuhr erhalten hat“. Daraus folgte er: „Aus



Zwei Kämpfer für den Verbleib von Schopp in der VG Kaiserslautern-Süd hatten am Sonntagabend gut lachen: Bürgerinitiativ-Sprecher Aloys Edrich und VG-Bürgermeister Uwe Unnold (FWG). FOTO:VIEW

meiner Sicht sollte der Ortsbürgermeister Herr Mayer aus diesem Ergebnis die Konsequenzen ziehen und zurücktreten.“

Jener sieht allerdings keinerlei Grund zu solch einem Schritt. „Ich werde mit Sicherheit nicht zurücktreten“, macht er auf Nachfrage klar. „Wenn ein Vertreter der FDP, die zu einer Splitterpartei mutiert ist, so eine Äußerung macht, dann nur, damit der Schriftzug FDP mal wieder in der Zeitung steht.“ Er sei lediglich einem Ratsbeschluss, der ihn zu Gesprächen mit Waldfischbach-Burgalben beauftragt hatte, gefolgt. Außerdem, so betont Mayer, „würde dies im Umkehrschluss ja bedeuten, dass ich eine demokratische Entscheidung nicht akzeptieren würde.“

Ihm zur Seite springt der SPD-Gemeindeverband Kaiserslautern-Süd. „Was ist in Schopp passiert? Der Ortsbürgermeister und die Mehrheit des Ortsgemeinderates haben ihre Aufgaben ernst genommen. Sie wollten für die Ortsgemeinde Schopp eine – allei-

ne schon räumlich – naheliegende Alternative zur Eingliederung in die Verbandsgemeinde Landstuhl abklären“, formuliert deren Vorsitzender Reinhold Meister. „Eigeninitiative und die Suche nach besseren Alternativen sind nicht zu kritisieren, sie sollten vielmehr gewürdigt und unterstützt werden.“ Dieser Linie werde die SPD in Kaiserslautern-Süd auch weiter treubleiben, kündigt Meister an. Dass sich die Schopper Bürger nun anders entschieden haben, sei schlicht ein demokratischer Vorgang.

Obwohl Goswin Förster weder in Schopp, noch der Verbandsgemeinde Kaiserslautern-Süd wohne, meine er, „ohne ein einziges Gespräch mit Herrn Mayer oder den Ratsmitgliedern geführt zu haben, ohne an den Informationsveranstaltungen teilgenommen zu haben, ohne Einblick in die Unterlagen genommen zu haben, den Rücktritt des Ortsbürgermeisters fordern zu können“, kritisiert die SPD. „Welch ein blamables Verhalten, nur um sich im Gespräch zu halten.“ (gzi)